



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

### **Umweltschutz sicherstellen: Keine Windräder im Hessenreuther Wald!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Umweltschutz über das Interesse des Windkraftausbaus zu stellen und den Bau von Windkraftanlagen im Hessenreuther Wald konsequent zu verbieten.

#### **Begründung:**

Beim geplanten Vorhaben „Windpark Silberschlag“ sollen insgesamt acht Windräder, fünf nördlich und drei südlich der Bundesstraße 299 aufgestellt werden. Hierzu wurde bereits ein Genehmigungsantrag der in Schadenreuth bei Erbdorf beheimateten „Natural Energy Solutions“ beim zuständigen Landratsamt eingereicht, obwohl die dortige Umwelt bereits erheblich unter vorangegangenen Infrastrukturprojekten zu leiden hatte.

Deshalb ist auch mit erheblichem kommunalen Widerstand zu rechnen, weil das Landschaftsbild und die Naherholung der Bürger massiv gefährdet sind. Sowohl der Landrat als auch die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden lehnen das Vorhaben ab, auch eine Bürgerinitiative hat sich gegründet, die „Windkraftfreie Heimat – Hessenreuther Wald“ (WHHW). Dem geplanten Windkraftausbau vorangegangen war bereits der Bau der Bundesstraße 299, welcher im Vorfeld bereits erheblich zur Umwelt- und Waldzerstörung in der Region beigetragen hatte. Weitere Entwaldungsmaßnahmen wollen die Bürger vor Ort aus Umweltschutzgründen nicht hinnehmen.

Die Energiewende sollte nicht gegen den Umweltgedanken und den lokalen Bürgerwillen umgesetzt werden, vor allem dann nicht, wenn anderweitige Initiativen, wie etwa der Ausbau von Photovoltaik-Dachflächen in der Region weit mehr Akzeptanz erfahren würden. Die Staatsregierung täte besser daran, allgemeine Richtlinien und Vorgaben zu erarbeiten, welche die Rahmenbedingungen der Energiewende definieren, anstatt mit eiserner Faust in das Lokalgeschehen einzugreifen. Die Bürger vor Ort haben ein Recht auf ihre Selbstbestimmung, die nicht durch Zwangsmaßnahmen und die fadenscheinige Begründung eines übergeordneten Interesses ausgehebelt werden sollte. Umwelt- und Heimatschutz müssen in der gegenwärtigen Klimadebatte wieder stärker gewichtet werden und dürfen nicht vollkommen aus den Augen verloren werden.